

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

vor gut einem Jahr konnte ich Ihnen an dieser Stelle den ersten NKF Haushalt der Stadt Gevelsberg vorlegen und dies sogar mit der guten Nachricht verbinden, dass der Haushaltsausgleich darzustellen war. Ein Vorgehen, das angesichts der immer deutlicher aufziehenden dunklen Wolken am Konjunkturm Himmel von einigen Damen und Herren dieses Hauses durchaus kritisch beurteilt wurde.

Ein Jahr ist seitdem vergangen und einiges hat sich geändert:

Nicht nur, dass wir uns über eine inzwischen ausgetauschte Lautsprecheranlage hier im Ratssaal freuen dürfen; nein, es hat durch die Kommunalwahlen auch ein recht umfassender personeller Wechsel stattgefunden. Ich würde mir sehr wünschen, wenn es dennoch auch in Zukunft bei dem bekannt konstruktiven Gesprächsklima in diesem Gremium bliebe. Mit dem bisher auf breiter Basis getragenen finanziellen Kurs wurde in erheblichem Umfang konsolidiert ohne die Fortentwicklung der gemeindlichen Angebotsstrukturen über die Maßen einschränken zu müssen.

Aus den dunklen Wolken des vergangenen Jahres ist bekanntlich ein deutliches Gewitter geworden. Die Folgen der weltweiten Krise werden natürlich auch in Gevelsberg mit einem steigenden Bedarf an sozialen Transferleistungen, an Betreuungsleistungen und leider auch an Einnahmeausfällen spürbar.

Jahresabschluss 2009

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie gerade angesprochen, haben sich unsere Einnahmen im Laufe des Jahres 2009 nicht so entwickelt, wie wir es zu Beginn des Jahres noch für möglich gehalten haben. Die **Gewerbsteuer** war mit einem Ansatz von 14,85 Mio. Euro im Plan veranschlagt, das Rechnungsergebnis liegt bei 10,74 Mio. Euro, ein Minus von gut 4,1 Mio. Euro.

Die **Gemeindeeinkommensteuer** war mit einem Ertrag von 12,97 Mio. Euro prognostiziert, geworden sind es 11,43 Mio. Euro und damit ein weiteres Minus von 1,5 Mio. Euro.

Alle **übrigen Positionen** des Haushaltes wurden entweder planmäßig abgewickelt, waren geringfügig besser oder es konnten Abweichungen innerhalb des Budgets so verschoben werden, dass der Ausgleich nicht wesentlich beeinflusst wurde.

Ein Punkt den ich an dieser Stelle nicht unerwähnt lassen möchte ist die Tatsache, dass offenbar alle Menschen mit Finanzverantwortung in diesem Hause, von der Sachbearbeitung über die Leitungsebene und natürlich auch in den jeweiligen Entscheidungsgremien, die Notwendigkeit zum sparsamen Mitteleinsatz verinnerlicht haben. Von daher werden Haushaltsansätze stets knapp kalkuliert und bewirtschaftet, so dass trotz der genannten Verschlechterungen eine **haushaltswirtschaftliche Sperre verzichtbar** war. Sie hätte allein deklaratorische Wirkung gehabt, und die brauchen wir nicht!

Dafür meinen herzlichen Dank als Kämmerer dieser Stadt.

Zurück zu den Zahlen des **vorläufigen Jahresabschlusses 2009**. Vorläufig ist dieser Abschluss deshalb, weil die Eröffnungsbilanz über alle städtischen Vermögenswerte und Belastungen zwar weiter entwickelt wurde, aber bisher noch Arbeiten daran ausstehen. Erst danach kann die vorgeschriebene **Prüfung und Testierung** erfolgen. Erste Unterlagen hierzu liegen inzwischen der örtlichen Rechnungsprüfung vor, so dass wir auf einem guten Weg sind. Folge ist aber, dass alle Zahlen, die aus der Berücksichtigung von Bilanzpositionen resultieren: auf der Ertragsseite des Ergebnisplans die Auflösung von Sonderposten und Rückstellungen, auf der Aufwandsseite die Einbeziehung der Abschreibungen, der Pensionsrückstellungen oder der Beihilferückstellungen, zunächst noch Veränderungen unterliegen können und insofern ausdrücklich unter Vorbehalt stehen.

Aktuell gehen wir von einem negativen **Jahresergebnis 2009** in Höhe von ca. 4,2 - 4,5 Mio. Euro im Ergebnisplan aus. Dieser Betrag wird zu gegebener Zeit durch die Inanspruchnahme der zu diesem Zweck als Teil des Eigenkapitals veranschlagten Ausgleichsrücklage gedeckt. Der **Haushalt 2009** gilt damit nach dem Gesetz trotz der aufgezeigten Verschlechterung als **fiktiv ausgeglichen!**

Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009

Meine sehr verehrte Damen und Herren,

Sie sehen nun die großen Positionen der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 so, wie sie sich aktuell beziffern lassen. Gleichwohl möchte ich Ihnen einen Eindruck der **Struktur vermitteln** und einmal einzelne Werte herausgreifen.

Die Stadt Gevelsberg verfügt über **Aktiva von 231 Mio. Euro**. Davon macht das Anlagevermögen mit Sachanlagen von mehr als 193 Mio. Euro und Finanzanlagen von 29 Mio. Euro den Löwenanteil aus.

Zu den **Sachanlagen** gehören unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte im Wert von 30,4 Mio. Euro, bebaute Grundstücke im Wert von fast 74 Mio. Euro, ein Infrastrukturvermögen von 79,6 Mio. Euro, Fahrzeuge der Kernverwaltung im Gesamtwert von 1,26 Mio. Euro und eine Betriebs- und Geschäftsausstattung im Werte von knapp 2,4 Mio. Euro.

Die zuvor genannten **Finanzanlagen** verteilen sich unter anderem mit etwa 4,3 Mio. Euro auf die Technischen Betriebe oder 20,5 Mio. Euro auf den Wert der AVU Anteile.

Die weiteren Positionen der Aktivseite unserer Bilanz möchte ich an dieser Stelle jetzt nicht weiter differenzieren. Sie erhalten **genauere Unterlagen** zur gesamten Eröffnungsbilanz, sobald das Prüfungsverfahren einen gesicherten Stand hat und der Bilanzentwurf hier im Rat zur Kenntnis genommen werden kann.

Die Passivseite der Bilanz zeigt u.a. ein Eigenkapital von 82,3 Mio. Euro, Sonderposten für Zuwendungen, Beiträge und dergleichen von 63,5 Mio. Euro, Rückstellungen, u.a. für Pensionen, Urlaubsansprüche oder auch drohende Verlustübernahmen von 37,8 Mio. Euro und Verbindlichkeiten von 47,4 Mio. Euro, so dass sich auch hier im Ergebnis eine Summe von 231 Mio. Euro ergibt.

Im Eigenkapital sind die freien allgemeinen Rücklagemittel von 69,5 Mio. Euro, die bereits erwähnte Ausgleichsrücklage von 12,7 Mio. Euro sowie geringe Sonderrücklagen zusammengefasst.

Haushaltsentwurf 2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, verehrte Damen und Herren,

die Festsetzungen der Haushaltssatzung 2010 stellen sich zunächst wie folgt dar:

Im **Ergebnisplan** Ordentliche Erträge: 61,17 Mio. Euro; Ordentliche Aufwendungen:

69,30 Mio. Euro

Eine Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage wird mit 8,14 Mio. Euro erforderlich. Evtl. muss darüber hinaus auch noch ein geringer Teil der Allgemeinen Rücklage eingesetzt werden. Dies hängt vom endgültigen Ergebnis des Jahres 2009 ab.

Im **Finanzplan**: Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit 59,77 Mio. Euro, entsprechende Auszahlungen von 64,66 Mio. Euro; Einzahlungen aus Investitionstätigkeit 5,8 Mio. Euro, Auszahlungen 12,71 Mio. Euro. Bei vollständig planmäßiger Abwicklung würde dies zu einer weiteren **Kreditaufnahme in Höhe von 6,96 Mio. Euro** führen.

Die entscheidende **Neuerung des NKF** gegenüber der Kameralistik ist die Abkehr von der reinen Betrachtung des Geldverbrauchs. Zukünftig wird der **jahresbezogene tatsächliche Werteverzehr** zum Beurteilungsmaßstab. Maßgeblich ist somit nicht mehr die reine Veränderung des Geldvermögens, sondern die Auswirkung des jeweiligen Handelns auf das städtische Eigenkapital.

Die Haushaltswirtschaft des Jahres 2010 muss daher im Lichte des vorläufigen Ergebnisses 2009 sowie der drei Folgejahre 2011, 2012 und 2013 betrachtet werden. Die Entwicklung der Ergebnispläne dieser Jahre sehen Sie in der Tabelle hinter mir:

Es ergibt sich leider **in allen Jahren ein negatives Ergebnis**, das heißt, wir sind in den nächsten Jahren - soweit aus heutiger Sicht planbar - nie in der Lage, mit den erwirtschafteten Erträgen alle Aufwendungen zu decken. Damit wäre aus früherer Sicht kein Haushaltsausgleich möglich gewesen.

In den Jahren 2009 und 2010 kann die Möglichkeit zum fiktiven Ausgleich der jeweiligen Haushaltsjahre genutzt werden, indem wir die **Ausgleichsrücklage** von 12,7 Mio. Euro zum Einsatz bringen. Mit voraussichtlich 4,2 bis 4,5 Mio. Euro für 2009 und dem Restbetrag für 2010. Damit ist der Teil des Eigenkapitals dann verbraucht, den das Gesetz in dieser Form allein zur Abfederung der umstellungsbedingten Lasten bereitstellt. Die tendenziell bestehende Unterfinanzierung des städtischen Haushalts angesichts einer Vielzahl zu schulternden Aufgaben - vor allem im pflichtigen Bereich - kann damit nicht weg diskutiert werden.

Alle über den Wert der Ausgleichsrücklage hinausgehenden Defizite greifen ab 2010 die Allgemeine Rücklage an, die wie vorhin dargestellt für Gevelsberg mit vorläufig 69,5 Mio. Euro zum 1.1.2009 ermittelt wurde. Eine Verringerung der allgemeinen

Rücklage wäre in einem eigenständigen Genehmigungsverfahren mit der Kommunalaufsicht abzustimmen.

Das Denken darf sich natürlich nicht darauf richten nun dauerhaft Defizite durch den Griff ins Eigenkapital abdecken zu wollen. 69,5 Mio. Euro sind sehr viel Geld, dennoch wäre der Weg bis zu einer **Überschuldung**, d.h. einer Aufzehrung des gesamten Eigenkapitals, ggf. nur sehr wenige Jahre lang. Innerhalb des Ergebnisplanungszeitraums bis 2013 kann dieses Schicksal mindestens 10 der 78 Gemeinden im Regierungsbezirk Arnsberg treffen! Einen strukturellen Ausgleich ohne den Griff in das Eigenkapital schafft möglicherweise keine Gemeinde mehr.

Gevelsberg steht ohne direkt drohende Überschuldung mit seiner Finanzsituation im regionalen Umfeld eigentlich noch vergleichsweise gut da. Im Ergebnisplanungszeitraum **kann es vielleicht gelingen**, die Handlungsfähigkeit auch in den Folgejahren zu erhalten. Dies setzt neben einer kurz- bis mittelfristig abklingenden **Krise** aber voraus, dass **Aufwandspositionen** weiter reduziert und **Ertragspositionen**, wo immer es akzeptabel erscheint, gesteigert werden. Die Potenziale vorhandener Gutachten der Gemeindeprüfungsanstalt und auch der GMO Management Consulting müssen weiter ihre Beachtung finden und schrittweise umgesetzt werden, auch wenn es an die Grenze des Vertretbaren geht!

Was immer wir selbst aber auch tun, die grundsätzlichen Gefahren bleiben angesichts steigender Soziallasten und schwankender Steuereinnahmen bestehen. Eine Verstetigung der kommunalen Steuerkraft durch eine auf breitere Basis gestellte Grundlage, die tatsächliche Beachtung des Konnexitätsprinzips durch Bund und Land oder die Entlastung der kommunalen Ebene von Pflichtaufgaben, könnten eine willkommene, wirksame und dauerhafte **Hilfe für alle Mitglieder der kommunalen Familie** sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
vor dem Hintergrund des bisher skizzierten labilen Gleichgewichts möchte ich an dieser Stelle kurz erläutern, wann die Verpflichtung gegeben wäre ein formelles **Haushaltssicherungskonzept** aufzustellen.

Die Pflicht wäre **alternativ** gegeben, wenn wir in einem Jahr mehr als 25 v.H. der allg. Rücklage zum Ausgleich des Ergebnishaushaltes heranziehen würden, wenn wir in zwei aufeinanderfolgenden Jahren jeweils mehr als 5 v.H der allgemeinen

Rücklage benötigen oder wenn eine Überschuldung droht. Die erste und dritte Alternative treffen für uns derzeit nicht zu.

Wir liegen aber nahe daran die Hürde eines jährlichen Eigenkapitalverzehr von mehr **5 %** in den Jahren 2011 und 2012 zu „reißen“. Die strukturellen Defizite belaufen sich in den Planungsjahren 2011 – 2013 auf 5,66; 3,08 und 1,3 Mio. €.

Zurücklehnen können wir uns also nicht! Die Summen für die Finanzplanungsjahre werden zwar günstiger und zeigen gegenüber 2010 eine fallende Tendenz, aber es ist bekannt wie anfällig die großen Positionen auf der Ertragsseite des Ergebnisplanes sein können.

Einzelpositionen im Ergebnisplan

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
die großen **Ertragspositionen** dieses Haushaltes sehen Sie nun in der Auflistung des nächsten Schaubilds. Bei der Kalkulation der dargestellten Steuereinnahmen sind die Orientierungsdaten sowie die Berechnungen des Landes zum GFG 2010 zugrunde gelegt worden. Insbesondere die **Gewerbesteuer** wurde deshalb mit 11,95 Mio. Euro wieder auf ein niedrigeres Niveau als in den zurückliegenden Jahren herabgesetzt.

Eine Steigerung ist für den Ansatz der **Grundsteuer B vorgesehen**. Es gibt nur wenige Stellen im Bereich der großen Ertragspositionen, die wir von städtischer Seite aus wirksam beeinflussen können. Weil die Grundsteuer B aber eine solche Position darstellt, muss ich Ihnen in der gegebenen Situation heute leider eine Veränderung des Hebesatzes auf 430 v.H. (von 395 v.H.) ab Jahresbeginn vorschlagen. Diese sicherlich nicht sehr populäre Maßnahme ist für mich unvermeidbar, da wir im Interesse geordneter Finanzen auf zusätzliche Einnahmen zwingend und dauerhaft angewiesen sind.

Als Richtgröße für angemessene Realsteuerhebesätze gelten aus Sicht der Aufsichtsbehörde die Durchschnittshebesätze auf Landes-, Regierungsbezirks- und Kreisebene. Dies wären im Land 433 v.H., im Regierungsbezirk 438 v.H. und im Kreisgebiet 441 v.H. Die **Ertragsverbesserung liegt bei jährlich 346.000 Euro**, ein Verzicht auf diese Anhebung wäre gleichbedeutend mit einer kumulierten Erhöhung des Defizits im Zeitraum der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung von rund 1,38 Mio. Euro. Damit wäre die Haushaltssicherung dann **nicht** mehr zu vermeiden!

Bevor man den Weg in eine schwierige formelle Haushaltssicherung riskiert, sollte auch in der Bürgerschaft durchaus **für diesen Schritt geworben werden**. Letztlich trifft die Anhebung des Steuersatzes den einzelnen Haushalt – gerade in Mehrfamilienhäusern – nur mit relativ geringen Aufschlägen. Die **Belastung** wird leider viel zu oft in der Diskussion als „gefühlte“ Größe deutlich **überbewertet!** Für eine mittelgroße Wohnung ergibt sich beispielsweise nur eine Mehrbelastung von rund 1,90 Euro im Monat oder knapp 23 Euro im Jahr!

Die Nutzung aller sich bietenden Potenziale wird von Seiten der Gemeindeprüfungsanstalt dringend empfohlen und auch die Bezirksregierung geht in der kommunalaufsichtlichen Beratung inzwischen dazu über, Gemeinden bei defizitärer Finanzlage die Anhebung aller Steuerhebesätze auf bis zu 500 v.H. aufzugeben!

Insofern müssen wir innerhalb des Finanzplanungszeitraums ggf. auch noch sehr intensiv darüber diskutieren, ob ab dem kommenden Jahr die im HSK 2007 angekündigte Anhebung weiterer Hebesätze ebenfalls erforderlich wird. Man sollte hier aber zunächst die weitere wirtschaftliche Entwicklung abwarten.

Das nächste Bild zeigt einige der wesentlichen **Aufwandsposten**:

Der Entwurf des Kreishaushaltes hat für das laufende Jahr einen allgemeinen **Kreisumlage Hebesatz** von 42,11 v.H. vorgesehen. Daraus ergibt sich für die Stadt Gevelsberg mit 14,39 Mio. Euro dieselbe Belastung wie im Vorjahr. Dazu ist anzumerken, dass der Kreis in 2010 und 2011 auch auf seine Ausgleichsrücklage zurückgreift, um die Belastungen der Gemeinden etwas abzufedern.

Die **Personalaufwendungen** sind zunächst mit 12,40 Mio. Euro einschließlich der Versorgungsleistungen veranschlagt. Dieser Betrag enthält einen Aufschlag von etwa 1,5 v.H. gegenüber dem Ergebnis des Vorjahres auf die Gehälter der tariflich Beschäftigten und berücksichtigt die bereits gesetzlich festgeschriebene Besoldungserhöhung für unsere Beamten mit 1,2 v.H. ab dem 01.März. Mehr nicht! Eine weitere Reserve im Hinblick auf die laufenden Tarifverhandlungen ist nicht vorgesehen.

Der Ansatz des Vorjahres war ähnlich knapp gefasst. Ich möchte aber deutlich darauf hinweisen, dass der Finanzbedarf des Jahres 2010 nur dann abgedeckt ist, wenn der seit Jahren verfolgte Kurs sehr stringent weiter fortgesetzt wird. Eine knappe Personalausstattung kann natürlich zu Belastungssituationen führen, auf die flexibel - z. B. durch den verstärkten Einsatz von „Springer“-Stellen - reagiert werden muss, um die bisher **vorbildliche Einsatzbereitschaft** der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

des Hauses nicht über zu beanspruchen!

Es bleibt leider unvermeidlich, Stellen wo immer es geht für längere Zeiträume unbesetzt zu lassen und vor allem auch Arbeitsabläufe stets weiter mit dem Ziel der Optimierung und mit dem Blick auf die Notwendigkeit gewählter Standards zu hinterfragen. Das Thema interkommunale Kooperation ist gerade auch aus dieser Sicht von hohem Interesse für uns.

Die **Zinsbelastung** für die laufenden Kredite liegt in diesem Jahr bei fast 1,9 Mio. Euro und umfasst die Zahlungen für langfristige Darlehen mit 1,7 (09=1,69) Millionen Euro und auch die Zinsen für kurzfristige Liquiditätskredite mit 200.000 Euro (09=240.000 Euro).

Aufgelistet sehen Sie weitere Positionen aus der **Jugend- und Sozialhilfe** (Unterhaltsvorschuss, HzE), die **Zuschüsse** zu den Betriebskosten der Gevelsberger Kindergärten mit fast 4,2 Mio. Euro wobei inzwischen 316.000 Euro auf die rein freiwilligen Zuschüsse entfallen und auch die **Eigenbeteiligung** an den Kosten der Jobagentur mit fast 2,1 Mio. Euro. Gerade bei den Kosten sozialer und erzieherischer Hilfen werden gesamtgesellschaftliche Probleme und deren Verlagerung auf die kommunale Ebene sehr deutlich. Bei allen veranschlagten Kosten dürfen die dahinterstehenden Schicksale und Notlagen natürlich niemals vergessen werden, so dass sich eine reine Kostenbetrachtung natürlich verbietet.

Finanzplan 2010

Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,
die Verwaltung hat für die **Investitionen** des Jahres 2010 in den internen Vorbereitungen zwischen Fachbereichen und Verwaltungsleitung bereits eine deutliche **Schwerpunktsetzung** der an sich wünschenswerten Projekte mit Blick auf die Möglichkeiten der zeitlichen Realisierung und die Entwicklung des Kreditbedarfs vorgenommen.

Ich möchte im Rahmen dieser Präsentation deshalb nur einige markante Maßnahmen und Projekte herausstellen:

Sie finden zunächst Ausgaben von 216.500 Euro für weitere Investitionen in die hauseigene **EDV**. Es handelt u.a. sich um eine Modernisierung der Klimatisierung des zentralen Serverraums, vorbereitende Investitionen für ein Dokumentenmanagementsystem und auch die Einführung eines neuen Personalabrechnungssystems,

da das bisherige Verfahren von Seiten des HaBit zum Ende des Jahres gekündigt worden ist. Hier soll zukünftig über die GKD Bochum ein neues Verfahren bezogen werden. Auch hier hat es ein gemeinsames Vorgehen von Seiten mehrerer Städte im Kreise gegeben.

An dieser Stelle sei auch der **Mensabau** für das Schulzentrum West genannt: Mit einer Refinanzierung aus Mitteln des Konjunkturpakets II werden rund 1,5 Mio. Euro verbaut, um den Übergang zum Ganztagsbetrieb für das Gymnasium und perspektivisch auch für die Gemeinschaftshauptschule durch eine optimierte Mittagsversorgung zu unterstützen. Für erwähnenswert halte ich auch 50.000 Euro, die als Einstieg in eine Erneuerung der **naturwissenschaftlichen Räume** des Gymnasiums vorgesehen sind. Hier kann nach einer mit Schulleitung und Fachkollegium abgestimmten Konzeption in mehreren Schritten ein Ersatz der zum Teil noch aus den späten 70er Jahren stammenden Ausstattung erfolgen.

Das **Modernisierungsprojekt Schwimm** geht in diesen Tagen in die konkrete Bauphase über. Seit dem Vertragsabschluss mit dem zukünftigen Betreiber ist die Detailplanung vorangebracht und der Bauantrag eingereicht worden. In den nächsten Wochen werden nun die Baustelleneinrichtung sowie erste Rohbaumaßnahmen zur Ausweitung des Wellnessbereichs erfolgen. Neben Restmitteln aus dem Vorjahr sind hier für 2010 3 Mio. Euro veranschlagt. Weitere 500.000 Euro sind für die sinnvoller Weise im Zusammenhang mit der Umbaumaßnahme vorzunehmende Sanierung des bekannten Fliesen- und Abdichtungsschadens vorgesehen.

Zu nennen wären auch Planungskosten für einen sicherlich mittelfristig anstehenden Umbau der **Hauptfeuerwache** an der Körnerstraße. Im Zusammenhang mit der Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplans müssen wir uns um Lösungen für den Platzbedarf des Löschzuges 1 und um die Neugestaltung von Arbeitsabläufen im Zusammenhang mit dem Rettungsdienst sowie einer Lagerung von Materialien bemühen. Zunächst sind 20.000 Euro angesetzt, bei einer weiteren Konkretisierung des Projekts werden in den kommenden Jahren sicherlich deutlich höhere Summen benötigt.

Am Altbau der **Grundschule Pestalozzi** sollen im laufenden Jahr das Flachdach und die vorgehängte Faserzementfassade erneuert werden. Eine erwartete Auszahlung von rund 200.000 Euro.

Insgesamt sind im Finanzplan neu veranschlagte Mittel von **5,62 Mio.** Euro für die Umgestaltung und Sanierung des städtischen Gebäudebestandes eingestellt.

Eine weitere, zumindest zum Teil durch Mittel aus dem Konjunkturpaket II refinanzierte Maßnahme ist die Anlage des Kunstrasenplatzes für den **Sportplatz Hundei-cken**. Dieses Projekt wird im laufenden Jahr abgeschlossen, so dass dann eine weitere attraktive Sportanlage in und für Gevelsberg bereitsteht.

Für die Fortführung des Projektes **Ennepebogen** sind voraussichtliche Kosten in Höhe von 2,56 Millionen Euro zu erwarten. Davon entfallen ggf. 250.000 Euro auf Grunderwerbskosten im Rahmen der Auseinandersetzung der GbR die bisher noch nicht erfolgen konnte, sowie 2,31 Millionen Euro auf die entsprechenden Baumaßnahmen. Ein Teil dieser Bausumme ist bereits durch entsprechende Vergaben im letzten Betriebsausschuss als Fortsetzungsmaßnahme gebunden. Die Finanzplanung weist für dieses Projekt bis zur Fertigstellung in den Jahren 2011 bis 2013 weitere Investitionen in Höhe von gut 3,5 Mio. Euro für Bau und ergänzenden Grunderwerb aus. Ggf. müssen zukünftige Entscheidungen noch sehr deutlich hinsichtlich der Zeitschiene hinterfragt werden.

Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,
für den Ausbau unserer Gemeindestraßen sind ebenfalls gut 1 Millionen Euro eingeplant. Dies betrifft zum einen 335.000 Euro für verschiedene Maßnahmen, die durch Beschlüsse der **kleinen Kommission** gebunden sind, Mittel für die Abrechnung von **Maßnahmen im Zusammenhang mit der Südumgehung**, die Erschließung des **Baugebiets Im Winkel** sowie Planungskosten für Ausbaumaßnahmen in den Folgejahren, u.a. den Ausbau der Straße **Im Bredderkamp** oder des Steilstücks im **Lindengraben**.

Ein Dauerthema bleiben die **Brückensanierungen**. Insgesamt sind mehr als 610.000 Euro sind hierfür erforderlich. Für die **Gewässerunterhaltung** an offenen und verrohrten Wasserläufen wie u.a. am **Krähenberger Bach** sowie als **Allgemeinposition** werden mehr als 1 Million Euro benötigt. Hierbei handelt es sich zum Teil auch um die Fortsetzung bereits laufender Maßnahmen.

Schuldenstand / Entschuldungskonzept

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,
besonders im vergangenen Jahr ist das Thema „Schuldenstand“ recht intensiv und

auch fraktionsübergreifend anlässlich der Haushaltsberatungen diskutiert worden. Ich denke, dass alle, die in dieser Stadt Verantwortung tragen, sich der Bedeutung und der Auswirkungen der mit diesem Thema verbundenen Fragen bewusst sind. Gevelsberg hat in den zurückliegenden Jahren viel investiert. Die Infrastruktur der Stadt wurde und wird stetig verbessert. Insbesondere Investitionen in Straßen, Gewässer, Brücken und Gebäude haben enorme Summen verschlungen. Viele Fördermittel sind nach Gevelsberg geflossen, große Teile der Investitionen waren aber mit Krediten zu finanzieren, auch wenn der in den Haushaltssatzungen zur Verfügung gestellte Rahmen mindestens in den letzten 10 Jahren nie ausgeschöpft worden ist. Gleichwohl ist die **Verschuldung** stetig gestiegen und lag zum 31.12.2009 für den Kernhaushalt bei 38,24 Mio. Euro ohne die Liquiditätskredite.

Die jährliche **Tilgungsleistung** liegt – ebenfalls für den Kernhaushalt – bei etwa 1,56 Mio. Euro, so dass diese Verschuldung natürlich in allen Jahren weiter steigen wird, in denen die Investitionstätigkeit zu einer darüber hinausgehenden Kreditaufnahme führt. In den vor uns liegenden Jahren des Finanzplanungszeitraums ist dies in allen Jahren bis 2013 der Fall. Insofern muss klar gesagt werden, dass eine **Kehrtwende hin zur Entschuldung mittelfristig nicht zu erwarten** ist, sofern sich am Gesamtsystem der Kommunalfinanzierung keine grundsätzlichen Veränderungen ergeben. Und dies ist gegenwärtig für mich nicht absehbar, auch wenn die Diskussion um eine Gemeindefinanzreform in den letzten Tagen von höchster Stelle wieder begonnen wurde!

Denkbar ist insofern auch hier nur die Politik der kleinen Schritte, indem nach den noch laufenden Projekten der letzten Jahre, zukünftig eine deutlich **langsamere Gangart** und auch ein Überdenken der gewünschten Standards Platz greifen muss!

Im Hinblick auf die zukünftige Gesamtkonsolidierung des Jahresabschlusses über alle städtischen Unternehmungen hinweg gilt dies natürlich in gleicher Weise für den **Technischen Betrieb**, dem zum Ende des vergangenen Jahres mit 42,78 Mio. Euro Schulden in ähnlicher Höhe zuzuordnen waren.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, erlauben Sie mir, dass ich mich an dieser Stelle besonders bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Kämmerei, aber auch bei allen Fachbereichen und beim Verwaltungsvorstand recht herzlich dafür bedanke, dass Ihnen dieser schwierige Haushalt 2010, wie vorgesehen, heute vorgelegt werden kann. Die Etatberatungen in

den Gremien sind einschließlich des Etatbeschlusses im Laufe des März vorgesehen. Das ist ein sehr ehrgeiziges Ziel und wir bieten Ihnen natürlich gerne an, die vorausgehenden fraktionsinternen Beratungen zu unterstützen.

Jetzt aber danke ich Ihnen herzlich für die Aufmerksamkeit und wünsche uns allen einen guten Beratungsverlauf.

Herzlichen Dank.